

## Editorial

# Status und Weiterentwicklung der Umweltmedizin in Deutschland

**Caroline Herr, Thomas Eikmann**

Hessisches Zentrum für Klinische Umweltmedizin, Institut für Klinische Umweltmedizin, Klinikum Universität Gießen, Friedrichstr. 16, D-35392 Gießen

**Korrespondenzautorin:** Dr. med. Caroline Herr, e-mail: Caroline.Herr@hygiene.med.uni-giessen.de

In der letzten Ausgabe der UFP (1/2000) berichtete D.D. Eis über die aktuell bestehenden, z.T. erheblichen Probleme im Bereich der Qualitätssicherung in der Umweltmedizin. Neben den grundsätzlichen Fragen bei den umweltmedizinischen Erkrankungen und Störungen (was ist "umweltbezogen" und was ist "umweltbedingt"?) thematisierte er vor allem Probleme der Versorgungsstruktur, der Diagnostik und Therapie sowie des Expositionsbiomonitorings. Gleichzeitig wurden Schritte in Richtung *evidence based medicine* durch Gründung sowohl einer RKI-Kommission zur Qualitätssicherung als auch einer zentralen Erfassungs- und Bewertungsstelle auf Bundesebene vorgestellt.

Neben der Gründung dieser sehr notwendigen und von allen Fachleuten erwünschten Institutionen gibt es zwischenzeitlich weitere Anstrengungen zur Entwicklung umweltmedizinischer Strukturen (u.a. mit dem Ziel der Verbesserung der Qualitätssicherung) auf nationaler Ebene. Auf S. 116 der vorliegenden Ausgabe der UFP stellt sich die AWU – Arbeitsgemeinschaft der Umweltmedizinischen Einrichtungen an Universitäten (und anderen Großkliniken) vor. Zwischenzeitlich tragen ca. 20 Kliniken diese Arbeitsgemeinschaft und haben sich in ihrem Verbund das Ziel gesetzt, eine umweltmedizinische Versorgung von Patienten nach einheitlichem Standard auf hohem wissenschaftlichen Niveau anzubieten. Das nachfolgend veröffentlichte Statuspapier zeigt die personellen und sachlichen Mindestanforderungen zur Erreichung dieses Ziels auf. Die Gründung der AWU sollte und darf aber nicht als "Konkurrenz" zu schon bestehenden Einrichtungen auf Bundes- und lokaler Ebene gesehen werden. Es wird vielmehr eine enge Kooperation zur Vernetzung der schon vorhandenen bzw. geplanten Strukturen angestrebt.

Das ebenfalls in dieser Ausgabe (S. 120) vorgestellte Papier der Qualitätssicherungsgruppe Hessen zur sachgerechten Diagnostik und Therapie bei Verdacht auf Amalgam-Belastung zeigt, dass auch auf lokaler und regionaler Ebene die Herausforderung zur Verbesserung der umweltmedizinischen Qualitätssicherung ernsthaft angenommen wird. Dieses Papier, das von der Arbeitsgruppe – unter Zuhilfenahme der zur Verfügung stehenden wissenschaftlichen Kriterien und Kompetenzen – erstellt wurde, ist ein hervorragendes Beispiel für ein hohes Qualitätsniveau in der ambulanten und klinischen Umweltmedizin. Wir laden in diesem Zusammenhang auch andere Arbeitsgruppen ein, ihre Papiere ebenfalls in der UFP zu publizieren. Auch Diskussionsbeiträge zu diesen Veröffentlichungen sind jederzeit herzlich willkommen.

Neben diesen intensiven Bemühungen zur Verbesserung und Sicherung der Qualität der ambulanten und klinischen Umweltmedizin gibt es auf Länder- und Bundesebene erhebliche Aktivitäten zur Sicherung der Weiterbildung Umweltmedizin. Nach Ablauf der Übergangsregelungen zum Erhalt der Zusatzbezeichnung in den meisten Ärztekammern ist es zwischenzeitlich zu einem drastischen Einbruch der Zahl der interessierten Kolleginnen und Kollegen in Weiterbildungskursen gekommen. Hauptursache dafür ist, dass zwar nominell durchaus Weiterbildungsstellen für eine ganztägige, eineinhalbjährige Weiterbildung in den verschiedenen Kammerbezirken ausgewiesen wurden, diese Stellen aber nicht besetzt oder zur Verfügung gestellt werden konnten. Ein Beispiel dafür bilden u.a. die Gesundheitsämter, bei denen zwar häufig weiterbildungsrechtliche Personen vorhanden sind, mögliche Weiterbildungsstellen aber auf Dauer durch andere Kollegen schon belegt bzw. überhaupt nicht vorhanden sind. Um diese prekäre Situation zu beseitigen, wird von einigen Ärztekammern (Bayern und Baden-Württemberg) inzwischen die Möglichkeit zur berufsbegleitenden Weiterbildung angeboten, in anderen Kammern (Hessen, Niedersachsen, Nordrhein und Westfalen-Lippe) werden ähnliche berufsbegleitende Modelle diskutiert.

Aus Sicht der umweltmedizinischen Fachgesellschaften ist hier dringender Handlungsbedarf gegeben, um auch in Zukunft den jüngeren Kollegen – im Sinne einer Gleichbehandlung gegenüber den Kollegen, die im Rahmen der Übergangsbestimmungen ihre Zusatzbezeichnung erhielten – die Möglichkeit zur Weiterbildung in der Umweltmedizin zu ermöglichen. Zwischenzeitlich haben sich die Anbieter von Weiterbildungskursen in der Umweltmedizin zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen (das Statuspapier wird in UFP 3/2000 veröffentlicht), um unter Berücksichtigung dieser Problematik auch zukünftig qualitativ hohe und fachlich angemessene Kurse anzubieten. Daneben will sich diese Arbeitsgemeinschaft auch mit den Anforderungen an Tutoren und Inhalt der berufsbegleitenden Weiterbildung beschäftigen. Auch hier wird eine Vernetzung und enge Kooperation mit den Ärztekammern und anderen umweltmedizinischen Institutionen angestrebt.

Das oben Dargestellte zeigt, dass sich die Umweltmedizin, wie seit einiger Zeit absehbar, in Deutschland in einer schwierigen Übergangsphase befindet. Dazu kommt das deutlich verminderte Interesse an umweltrelevanten Problemen in der breiten Öffentlichkeit, der Politik und in den Medien. Es ist daher eine wichtige Aufgabe aller Umweltmediziner, auch im Interesse ihrer Patienten wieder mehr Aufmerksamkeit bzw. Verständnis für umweltmedizinische Fragestellungen zu erreichen.